

# PROTOKOLL

## Gemeinsame Sitzung der Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt vom 13. Dezember 2022

### zur Auskömmlichen Finanzierung der Offenen Jugendarbeit

#### Anwesend

vom Beirat	Partei	Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt
<b>MITTE</b>		<b>Hellena Harttung (Ortsamtsleitung)</b>
Insa Drechsler-Konukiewitz	GRÜNE	Manuela Jagemann (Protokoll)
Jonas Friedrich		Armin Willkomm (Protokoll/Technik)
Astrid Selle		
John Hellmich	LINKE	
Jan Strauß		
Waltraut Steimke	CDU	
Dirk Paulmann		<b>Gäste</b>
Ingrid Kreiser-Saunders		Jan Fries (Staatsrat Soziales)
Ann-Kathrin Mattern	SPD	Christiane Schrader (Sen f. Soziales)
Jörn Hendrichs		Lutz Schäfer (St. Michaelis)
Birgit Olbrich		Franzi Borgböhmer (Mädchen_kulturhaus)
Michael Steffen		Henrik Sorgalla (BDP-Haus)
<b>ÖV</b>		<b>Rolf Hundack (Sielwallhaus)</b>
Steffen Eilers	GRÜNE	Hanns-Ulrich Barde (Sportgarten)
Harald Klussmeier		Linda Lowin (Sportgarten)
Irmgard Lindenthal		Emre Göle (Sportgarten)
Sona Terlohr		Tim Stölting (Sportgarten)
Alexandra Werwath		
Janne Herzog	SPD	
Anke Kozlowski		
Nils Hesse	LINKE	
Helmut Kersting		
Birgit Menz		
Peter Kadach	CDU	
Klaus-Peter Jonitz		
Stefan Schafheitlin	LiV	

**Beginn:** 19:00 Uhr

**Ende:** 20:30 Uhr

#### Tagesordnung:

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Auskömmliche Finanzierung der Offenen Jugendarbeit**
- 3. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung**
- 4. Verschiedenes**

Hellena Harttung begrüßt die anwesenden Gäste und den Beirat und stellt die Tagesordnung vor. Seit vielen Jahren würden die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt bereits die nicht auskömmliche Finanzierung der Offenen Jugendarbeit (OJA) beklagen. Erneut wollen sich die Beiräte deshalb auf dieser Sitzung mit dem Sozialressort und den Trägern der Offenen Jugendarbeit unserer Stadtteile dazu austauschen.

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**  
genehmigt

# PROTOKOLL

## 2. Auskömmliche Finanzierung der Offenen Jugendarbeit

Der Beiratssprecher des Beirats Östliche Vorstadt Herr Steffen Eilers führt aus:

Die Beiräte und Träger aus den Beiräten Mitte und Östlicher Vorstadt seien auch in diesem Jahr wieder im Controlling-Ausschuss (CA) unter der Leitung des Amtes für Soziale Dienste (AfSD) beteiligt worden, um über die Budgetierung der Mittel für Offene Jugendarbeit (OJA) zu befinden.

Dabei solle es eigentlich um die Verteilung der bereitgestellten Mittel gehen. Auf der Grundlage eines nicht auskömmlichen Gesamtbudgets könne dies jedoch, wie schon in vielen Vorjahren, nicht auf zumutbare Art und Weise erfolgen. Eine Verteilung der insgesamt zu geringen bereitgestellten Mittel würde zwangsläufig zu einer Kürzung von Angeboten in den Stadtteilen führen. Es erfolge kein angemessener Ausgleich für Lohnsteigerungen, sodass die Budgetierung *de facto* eine Kürzung darstelle. Nur durch Schließung von Einrichtungen könne eine auskömmliche Finanzierung der übrigen Einrichtungen erfolgen. Dies werde den Ansprüchen und Realitäten im Stadtteil jedoch nicht gerecht. Alle sieben OJA-Träger leisteten gute und wichtige Arbeit und ihre Angebote würden flächendeckend gut angenommen. Das Gesamtbudget müsse deutlich erhöht werden, um diese unverzichtbaren Angebote aufrechterhalten zu können.

Die Höhe der Mittel für die Offene Jugendarbeit würden nicht durch das AfSD verantwortet und damit befände sich das AfSD in einer gleichermaßen ohnmächtigen Situation wie die Beiräte und das Ortsamt. Deshalb sei es gut und wichtig, dass man sich heute mit dem Staatsrat der Senatorin für Soziales, Herrn Fries, darüber austauschen könne. Für die kurzfristige Zusage zu dieser Beiratssitzung gelte Herrn Fries daher ausdrücklich Dank.

Herr Lutz Schäfer vom Jugendtreff St. Michaelis berichtet:

Vor dreieinhalb Jahren, ausgestattet mit nur zehn Stunden, habe er die sozialpädagogische Betreuung der Kinder und Jugendangebote in der St.-Michaelis-Gemeinde übernommen. Durch die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie könne die Jugendarbeit erst jetzt wieder so richtig in Gang kommen. Jetzt sei der Bedarf aber mit voller Kraft zurückgekehrt. Es gäbe einen guten Zulauf von Jugendlichen zu den Angeboten und die Öffnungszeiten des Jugendtreffs seien durch Unterstützung von Honorarkräften auf drei Tage pro Woche ausgebaut worden. Die Rahmenbedingungen seien dürrtig und entsprächen nicht der Nachfrage. Die Ergebnisse einer Befragung durch die Quartiersbeauftragte der Bahnhofsvorstadt West habe deutlich gezeigt, dass der Ausbau von Angeboten für Jugendliche ein klarer Wunsch aus dem Quartier sei. Die Wohnverhältnisse vieler Familien im Stadtteil seien schlecht. Angebote und Spielmöglichkeiten, um diese sozialen Defizite aufzufangen, gäbe es kaum, das Potential, solche Angebote zu schaffen, sei in den Strukturen und Netzwerken des Stadtteils aber durchaus vorhanden. Zusätzliche Räumlichkeiten und Personalstunden seien jedoch unerlässlich, um die Bedarfe auf Dauer zufriedenstellend zu stillen.

Herr Henrik Sorgalla vom Jugendclub Hulsberg des Bundes Deutscher Pfadfinder (BDP) erzählt:

Der Jugendclub des BDP habe eine spezielle Struktur. Das BDP-Haus werde ohne Personalförderung durch OJA-Mittel den Nutzer:innen an sieben Tage pro Woche eigenverantwortlich und selbstverwaltet zur Verfügung gestellt. Zielgruppe seien dabei in der Hauptsache junge Erwachsene aus oftmals sehr prekären finanziellen Situationen. Das Geld aus dem Stadtteil reiche nicht einmal zur Deckung der Betriebskosten. Es gäbe schlicht keine Einsparmöglichkeiten mehr. Es wurden viele Projekte in den vergangenen Jahren entwickelt, die aber aufgrund der mangelnden Ressourcen oftmals nicht verstetigt werden konnten. Die Situation sei fatal, da es schon problematisch sei, nur das Notwendigste zu organisieren. Die finanziellen Defizite habe das Haus schon vor der Pandemie nur durch Spenden und Einnahmen aus Veranstaltungen und Vermietungen notdürftig stopfen können. Diese Mittel seien durch die Corona-Pandemie in den letzten Jahren größtenteils ausgeblieben.

## PROTOKOLL

Die diesjährige Budgeterhöhung betrage ca. 500,- €. Dies entspreche etwa dem Gasabschlag für *einen* Betriebsmonat. Für das kommende Jahr müsse sich die Einrichtung daher mit einem fünfstelligen Defizit arrangieren. In Jugendclub werde viel mit marginalisierten Gruppen und Geflüchteten gearbeitet – eine Klientel, die nachvollziehbarer Weise kein Geld mitbringen könne. Über den Juli hinaus bestehe für das Haus derzeit keine Planungssicherheit.

Es müssten dringend Vergleichbarkeiten und Standards für die Finanzierung hergestellt werden, Betriebskosten sicher gedeckt sein. Ein Inflationsausgleich sei für alle Einrichtungen wichtig. Zu erreichen sei dies über einen angemessenen Anteil am Gesamt-Jugendhilfeetat. Der Beirat fordere hier berechtigter Weise 3,5 Prozent als absolutes Minimum, Bremen liege derzeit bei 2,3 Prozent und sei damit Schlusslicht im Ländervergleich.

Die Mehrbedarfe explodierten bei sinkender Liquidität. Das Mädchen\_kulturhaus – ebenfalls eine Einrichtung des BDP – habe bereits Angebotsstunden kürzen müssen.

Frau Franzi Borgböhmer vom BDP-Mädchen\_kulturhaus ergänzt:

Der Bedarf an regelmäßigen Angeboten sowie Ferienangeboten sei immens. Die Personalstunden für diese Leistungen hätten um 30 Prozent reduziert werden müssen, um mit dem Budget auszukommen. Das gesamte Angebot werde über Drittmittel finanziert. Eine Stelle sei eigentlich nur damit beschäftigt, Drittmittelanträge zu stellen. In der Folge käme es zu häufigen Personalwechseln. Qualifiziertes Personal könne unter diesen Umständen natürlich kaum gehalten werden.

Im kommenden Jahr werde das Mädchen\_kulturhaus erst im Februar öffnen können, da mit verbindlichen Finanzierungszusagen frühestens im Februar zu rechnen sei. Tatsächliche Planungssicherheit für 2023 gäbe es unter Umständen erst im März – bis dahin gehe der Träger in Vorleistung. Personalstundenreduktionen seien die einzige verbliebene Stellschraube, was aber natürlich immer direkt auf Kosten der Angebote gehe.

Frau Linda Lowin vom Sportgarten führt aus:

In diesem Jahr habe der Sportgarten zum ersten Mal wieder ohne Corona-bedingte Schließungen ganzjährig öffnen können. Man habe an 345 Tagen geöffnet gehabt. Viele Sportfeste, Wettbewerbe, Spendenaktionen und Feriencamps mit Mittagessen hätten wieder angeboten werden können. Es habe eine Kooperation mit der St.-Michaelis-Gemeinde gegeben.

Herr Hanns-Ulrich Barde ergänzt, das Tier- und Landschaftsschutzprojekt in der Pauliner Marsch werde stark nachgefragt und habe einen hohen Mehrwert für das Naherholungsgebiet.

Herr Emre Göle berichtet, in der Abteilung Sport + Medien des ehemaligen Postamt 5 würden wieder viele medienpädagogische Projekte angeboten – mit 20 Personalstunden sei aber auch dieses Angebot zu knapp ausgestattet. Die Stunden deckten nicht die Nachfrage (4 Nachmittage und am Wochenende) und schon gar nicht die erforderliche Vorbereitung und Wartung.

Weiter geht es mit Herrn Tim Stöltzing: Die Angebote für Skater in der Skater-Halle des ehemaligen Postamt 5 seien wieder ganzjährig geöffnet. Auch inklusive Sportangebote würden hier realisiert. Hier fehlten ebenso Personalstunden – 15 Stunden seien viel zu wenig, um dieses Angebot nachhaltig aufrecht erhalten zu können.

Herr Hanns-Ulrich Barde fasst zusammen: Der Sportgarten biete viele Möglichkeiten zur Jugend- und Nachwuchsförderung. Ohne den Freiwilligendienst sei der Sportgarten nicht zu halten. Ausbildungsplätze und Plätze für das duale Studium der Sozialen Arbeit würden angeboten. Solche Perspektiven zu schaffen, sei unter den gegebenen Voraussetzungen äußerst schwierig. Die OJA habe eine immense präventive Wirkung. Der Bedarf an Bewegungsangeboten sei riesig und diesen zu stillen sei auch eine politische Forderung Bremens. Angebote, Öffnungszeiten und Betreuung müssten attraktiv sein, damit das bedient werden könne. Die stadtteilübergreifende Förderung helfe, aber die Ausstattung des Stadtteils reiche nicht aus. Es müssten Perspektiven geboten werden.

Der Beschluss des Beirats sei sehr gut: Die Forderungen der Träger im Controlling Ausschuss seien sehr realistisch. Hier könne nicht von Luftschlössern die Rede sein. Nur

## PROTOKOLL

durch eine entsprechende Erhöhung der Mittel könnten Öffnungszeiten gesichert werden. Die Einschränkung der Öffnungszeiten bedeute eine „kalte Schließung“. Fachkräfte blieben nur bei entsprechender Ausstattung und Organisationsstruktur – auch Entbürokratisierung würde hier eine große Hilfe darstellen.

Herr Rolf Hundack vom Sielwallhaus äußert sich:

Das Sielwallhaus habe im Gegensatz zu den übrigen Einrichtungen kein hauptamtliches Personal. Das Haus sei selbstverwaltet. Aufgrund der engen Räumlichkeiten und des schlechten Sanierungszustandes habe in den letzten Jahren viel nicht stattfinden können. Die Heizungsanlage sei im letzten Jahr kaputtgegangen. Daraufhin habe es eine lange Auseinandersetzung mit Immobilien Bremen gegeben, bis diese endlich in Stand gesetzt worden sei. Teile des Hauses seien gesperrt, weil es Schwamm im Boden gebe. Auch da habe Immobilien Bremen bislang nichts unternommen. Für 2022 habe man wieder neue Angebote machen können und das Sielwallhaus hoffe auf eine weitere Normalisierung des Angebots. Die Notwendigkeit der Sanierung bestehe jedoch nach wie vor, ob und wann hier die entsprechende Unterstützung durch Immobilien Bremen komme, sei fraglich.

Frau Hartung fasst zusammen, dass es unter den Trägern sehr unterschiedliche Strukturen und Problemlagen gebe. Für alle jedoch sei gleich, dass sie ungenügend Mittel zur Verfügung hätten, um ihrem Auftrag gerecht werden zu können. Sie übergibt die Frage einer auskömmlichen Finanzierung an Herrn Staatsrat Fries.

Staatsrat Jan Fries bedankt sich für die Einladung und die Berichte der Träger aus ihrem Arbeitsalltag. In den letzten fünf Jahren sei jedoch durchaus viel passiert. Den Eindruck, dass es jahrelang keine Mittelserhöhungen gegeben hätte, könne man nicht so stehen lassen. Die Ausgaben für die Offene Jugendarbeit seien in Bremen in den letzten Jahren um ca. 30 Prozent gestiegen. Die Stadtteile Mitte und Östliche Vorstadt hätten eine stadtteilbezogene Mittelserhöhung um ca. zehn Prozent erhalten, plus weitere zehn Prozent durch überregionale Förderung für diese beiden Stadtteile. Die Stadtteile hätten also in besonderem Maße von den neu eingeführten stadtteilübergreifenden Mitteln profitiert. Der Anteil der stadtteilgebundenen Mittel sei jedoch mit zehn Prozent tatsächlich relativ gering. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Mittel nach Sozialindikatoren verteilt und schwache Stadtteile entsprechend höhere Anteile beziehen würden. Dies sei aber ja auch richtig so und vermutlich für alle nachvollziehbar.

Die Frage, wie es weitergehen soll, treibe selbstverständlich auch die Senatorin für Soziales um. Die Budgetierung für 2023 ließe sich nicht mehr ändern, da der neue Doppelhaushalt ja erst für 2024 / 2025 beschlossen werde. Anfang Januar komme der Entwurf und im März der Beschluss zum Nachtragshaushalt 2023. Dieser werde sich auf die Folgen des Ukraine-Krieges beziehen. Mit Hilfe dieser Mittel würden die OJA-Träger dann die Energiekostensteigerungen auffangen können. Die gestiegenen Energiekosten sollten nicht zur Reduktion von sozialen Angeboten in sämtlichen Bereichen führen.

Der Bericht des Jugendhilfeausschusses werde gerade erstellt. Der Anteil am Jugendhilfeetat sei nur bedingt aussagekräftig. Dabei seien auch der Kita-Ausbau sowie die Sozialausgaben zu berücksichtigen. Dadurch sei der Etat in Bremen höher als in anderen Ländern. Wieviel OJA-Mittel in Bremen pro Kopf ankämen, sei dabei keineswegs unterdurchschnittlich; im Vergleich mit Städten gleicher Struktur habe Bremen ähnliche Ausgaben.

Welche Bedarfe es eigentlich gebe, sei nicht allein von Finanzanmeldungen abzuleiten. Dies seien schwierige Größen für Bedarfsanmeldungen. Der Jugendbericht enthalte eine Befragung von Jugendlichen über ein Online-Tool der Schulen. Die Befragung ergab, dass Bewegungsangebote hoch im Kurs stünden. Diese Befragung müsse beachtet werden und man müsse ggf. entsprechend umsteuern.

Es müsse anerkannt werden, wo man tatsächlich stehe. Gleichzeitig müsse Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden, wie wichtig diese Angebote für Jugendliche seien, damit Soziales in den Haushaltsverhandlungen in Zukunft gut bestehen könne.

## PROTOKOLL

### Fragen / Anmerkungen:

- Der Beiratssprecher des Beirats Östliche Vorstadt, Herr Steffen Eilers, stellt fest, es sei unstrittig, dass es Verbesserungen gegeben habe in den letzten Jahren – das stimme. Das Problem bestehe aber in der Grundausstattung der Einrichtungen. Diese sei mangelhaft, die Mitarbeiter:innen müssten für eine minimale Entlohnung arbeiten. Der Ist-Zustand der Gebäude sei nicht gut. Aufgrund der Inflationsrate würden Mittel, die vorher schon knapp waren, jetzt nicht mehr reichen. Auch die Nutzer:innen der Angebote seien in allen anderen Lebensbereichen durch die Teuerungen betroffen. Die begrenzten Möglichkeiten verschenkten Potential in den Stadtteilen. Hier könne es kein „weiter so“ geben.
- Der Stellvertretende Beiratssprecher des Beirats Östliche Vorstadt, Herr Helmut Kersting ergänzt, überregionale Mittel würden den Trägern der regionalen Angebote, die Probleme hätten, nicht helfen. Der überregionale Topf sei erfreulich, aber er helfe den Trägern nicht dabei, sich in den Stadtteilen zu halten.
- Frau Astrid Selle vom Beirat Mitte fasst zusammen, alles hänge am Geld, das sei schade. Sie würde eine andere Herangehensweise wünschen. Es gebe beeindruckende Arbeit in den Einrichtungen. Die inhaltliche Auseinandersetzung der Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt mit den Trägern in den letzten Jahren habe Früchte getragen. Die Angebote seien sehr wichtig. Aber der Status Quo könne nicht gehalten werden – am Ende scheitere es dann doch am Geld. 2021 hätte der Beirat viel gesprochen, mit Herrn Fries, mit Frau Schrader und mit den Trägern. Es könne doch nicht sein, dass es darauf hinauslaufe, dass Einrichtungen geschlossen werden müssten, damit andere Einrichtungen auskömmlich finanziert werden könnten. Und der Sportgarten benötige dringend einen eigenen Haushaltstitel, damit das Gesamtbudget entlastet werde.
- Darauf entgegnet Staatsrat Fries: Der Haushalt werde in der Bürgerschaft beschlossen, die Mittel würden entsprechend der politischen Mehrheiten verteilt. Änderungen seien erst wieder 2024 möglich. Das Ressort erhalte mehr oder weniger immer den gleichen Etat. Die Mittel seien knapp und müssten priorisiert werden. Mehrausgaben für Jugend bedeute Einsparungen an anderer Stelle. Für den Sportgarten habe sich durchaus etwas geändert. Er werde durch die überregionalen Mittel gefördert und habe von allen Trägern den größten Anteil daraus erhalten. Da sei also durchaus eine Antwort erfolgt. Dass das die Träger nicht endgültig zufriedenstelle, sei nachvollziehbar. Dennoch sei eine Verteilung mit der Gießkanne nicht angebracht. Über den Stadtteil hinauswirkende Träger sollten gefördert werden und dies sei erfolgt.
- Die Verteilung der Mittel sei eine politische Entscheidung. Die soziale Spaltung in den einzelnen Stadtteilen habe sich in Bremen noch weiter verschärft. In den Randbezirken seien die Bedarfe noch heftiger gestiegen als im Zentrum. Die Verteilung nach Sozialindikatoren sei eine unangenehme Entscheidung, aber richtig und wichtig. Wenn sich die Träger im CA nicht einig würden, sei es der Job des Sozialzentrumsleiters, zu entscheiden. Die Behörde müsse diese unangenehme Entscheidung zu treffen, wenn sich die Controllingausschuss-Mitglieder damit nicht die Hände schmutzig machen wollten.
- Frau Christiane Schrader von der Senatorin für Soziales ergänzt: In Bremen hätten vor allem Mitte und die Östliche Vorstadt stark von historisch gewachsenen Zentralitätsboni profitiert. Diese seien nicht zurückgefahren worden. Durch die Einführung der überregionalen Mittel hätten Mitte 51.000 € und die Östliche Vorstadt 64.000 € zusätzlich zu den OJA-Mitteln erhalten. Für 2024 werde vom Jugendhilfeausschuss ein neuer Verteilungsvorschlag für die Verteilung der überregionalen Mittel erarbeitet. Der Jugendbericht sei im Jugendhilfeausschuss vorgestellt worden. Es werde dazu eine Sondersitzung am 20. Januar 2023 geben. Die Fachtagung zur Finanzierungssystematik habe stattgefunden. Dieser Diskurs werde weitergeführt, um eine verlässliche Finanzierung zu gewährleisten. Aktuell befasse sich der Senat mit dem Antrag „Verwaltungspraxis modernisieren“. Daraus

## PROTOKOLL

solle die Entlastung von bürokratischem Aufwand resultieren, sodass sich die Zuwendungspraxis auch im Bereich OJA in den nächsten Wochen stark weiterentwickeln werde.

- Herr Peter Kadach vom Beirat Östliche Vorstadt macht deutlich, dass die Debatte darum nicht erst drei, sondern knapp zehn Jahre alt sei. Verschiedene Einrichtungen standen schon damals zeitweise zur Disposition. Das Ressort hänge sich von Jahr zu Jahr. Planungssicherheit müsse hier endlich hergestellt werden. Hier müsse ein klares Konzept erkennbar werden. Im Übrigen mache sich der Beirat ständig die „Hände schmutzig“. Beispielweise seien auch in diesem Jahr viele Globalmittelanträge aus sozialen Einrichtungen eingegangen und beschieden worden. Die Versorgung dieser Einrichtungen müsse eigentlich staatliche Regelaufgabe sein.
- Frau Sona Terlohr vom Beirat Östliche Vorstadt sagt dazu, die Situation habe sich in den letzten Jahren gravierend verändert. Gerade die Zielgruppe habe sehr gelitten. Es sei viel darüber gesprochen worden, dass gerade den Jugendlichen viel entgangen sei in den letzten Jahren. Jugendliche hätte keine Lobby, dann müsse der Beirat entsprechend lauter werden und an dieser Lobby arbeiten. Auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie müssten dabei zwingend berücksichtigt werden.
- Helmut Kersting fragt, was das bedeuten solle „sich die Hände schmutzig machen“? Würde es Sinn ergeben, eine Einrichtung zu schließen, wäre er dabei. Jedoch würden alle sieben Einrichtungen des Stadtteils dringend gebraucht und auch gut angenommen. Solange dies der Fall sei, werde der Beirat einen „Kannibalisierungsprozess“ nicht fördern.
- Herr Barde weist darauf hin, dass alle anderen Säulen der Jugendarbeit Zuwächse erhalten hätten, aber die OJA-Mittel nicht. Wenn Jugendarbeit die dritte Säule sei, müsse sie auch entsprechend ihrem präventiven Auftrag nachkommen können. Es gehe nicht um große Bewilligungsspielräume. 80 – 90 Prozent der Mittel würden für das Personal benötigt. Das müsse verzichten, um andere Projekte zu ermöglichen oder um gestiegene Kosten aufzufangen – alles andere werde ja ohnehin eingeworben. Eine Anpassung der Finanzierungssystematik sei wichtig. OJA sei keine Kann-Leistung und erfülle einen wichtigen Auftrag. Dafür müsse sie stark gemacht werden.

Herr Staatsrat Fries entschuldigt sich für den Begriff „Hände schmutzig machen“; er bedauere diese Wortwahl ausdrücklich. Die Mittelverwaltung sei aber Teil der Politik und wenn die Politik nicht entsprechend agiere, müsse das die Behörde übernehmen. Er lädt ein, sich in der Debatte um die Finanzierungssystematik im Januar einzubringen. Im neuen Jahr würden neue Stadtteilkonzepte erarbeitet.

Frau Hartung fordert, dass die Beratungen für den kommenden Haushalt den Inflationsausgleich berücksichtigen müssten.

Astrid Selle stellt den Beschluss vor (siehe Anhang):

### Abstimmung:

Der Beschlussvorschlag wird von beiden Beiräten einstimmig und ohne Enthaltungen angenommen.

### **3. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung entfällt**

# PROTOKOLL

## 4. Verschiedenes

- Es gibt eine Nachbesetzung im Beirat Östliche Vorstadt:  
Herr Michael Pleus von Essen von der FDP rückt nach für das ausgeschiedene Beiratsmitglied Herrn Jürgen Schultz von der FDP.
  
- Es gibt mehrere Nachbesetzungen in den Fachausschüssen des Beirats Mitte:
  1. Herr Jonas Nolting rückt nach als Sachkundiger Bürger für die FDP im Fachausschuss für Soziales, Bildung und Kultur
  2. Herr Thomas Neugebauer rückt nach als Sachkundiger Bürger für die FDP im Stadtentwicklungsausschuss
  3. Frau Rike Ratjens ersetzt als Sachkundige Bürgerin für die SPD Herrn Hakan Özbek im Fachausschuss für Soziales, Bildung und Kultur

Allen Neubesetzungen wurden von den Beiräten Östliche Vorstadt bzw. Mitte einstimmig und ohne Enthaltungen zugestimmt.

**Die Sitzung wird geschlossen: 20:35 Uhr**

**Vorsitz**

Hellena Harttung

**Sprecher Beirat ÖV**

Steffen Eilers

**Sprecher Beirat Mitte**

Jonas Friedrich

**Protokoll**

Armin Willkomm, Manuela Jagemann